



Administrative Entlastung der KMU

**Ursachen
Beispiele
Ideen
Forderungen**

Übersicht

Seit Jahren beklagen sich die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) über ständig wachsende staatliche Regulierungen. Doch bisher hat dies wenig genützt. Sinnvolle oder notwendige Erlasse bestehen neben nutzlosen, bürokratischen und perfektionistischen Regelungen. Doch zunehmend regt sich Widerstand. In verschiedenen Kantonen, wie zum Beispiel Basel-Land, Basel Stadt, Zürich, Schaffhausen und St. Gallen sind Bestrebungen im Gange, endlich überfällige Korrekturen einzuleiten. Auch der Schweizerische Gewerbeverband hat sich im Rahmen seiner politischen Zielsetzungen 2004-2007 entschieden, die administrative Entlastung der KMU energisch voranzutreiben.

Regulierungen verursachen Kosten

Die KMU werden durch Regulierungen und Vorschriften, vielfach aus fiskalischen Hintergründen, immer stärker eingeschränkt. Vor Erlass einer Regulierung oder Vorschrift erfolgt in der Regel keine Prüfung der Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen. Dies führt:

- zur Einengung des unternehmerischen Handlungsspielraums
- zur Schwächung der Konkurrenzfähigkeit
- zu zusätzlichen und direkt messbaren Kosten wie Gebühren, Abgaben oder Aufwendungen für vom Staat erzwungene betriebliche Investitionen
- zu indirekten und schwer messbaren Kosten für die Erledigung administrativer Aufgaben

Fazit: Höhere Regulierungsdichte führt zu höheren Umsetzungskosten.

Administrative Auflagen schmälern die Produktivität

Administrative Auflagen bedeuten Zeitaufwand:

- um sich über Inhalt und Verfahren zu informieren
- um sie bezogen auf die eigene betriebliche Organisation anzupassen und umzusetzen (Formulare, Anträge, Dienstwege etc.)
- für die Auskunftsbereitschaft bei staatlichen Kontrollen, wie AHV-, Unfallversicherung oder Steuerrevisionen

Kosten trägt der Betrieb

Der dafür erforderliche Zeitaufwand wird weder entschädigt, noch kann er überwältigt werden. Er belastet zudem Mikrounternehmen überproportional, weil:

- externe Spezialisten (Treuhand etc.) teuer sind
- daher meistens die Betriebsinhaberin/der Betriebsinhaber diesen zeitlichen Aufwand selbst erbringen muss
- technische Hilfsmittel, wie EDV-Programme, oft nicht mit einem vernünftigen Kosten-/Nutzenverhältnis eingesetzt werden können

Produktivität sinkt

Die steigende administrative Belastung geht zu Lasten der Produktivität der KMU. Diese leiden unter dieser Belastung stärker als grosse Firmen.

Die Belastungen steigen stetig an

1986 betrug der durchschnittliche administrative Aufwand für einen Betrieb rund 360 Stunden pro Jahr. Heute wird mit jährlich rund 650 Stunden gerechnet, was rund 7 Milliarden Franken oder 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) an volkswirtschaftlichen Kosten jedes Jahr zur Folge hat.

Zunahme der Regulierungsdichte – Seuche der Moderne

Zwei Drittel aller administrativen Vorschriften sind weniger als 20 Jahre alt. Die Gesetzessammlung des Bundes wuchs seit 1990 um 30% und umfasst heute gegen 55'000 Seiten. Seit 1990 kommen jährlich rund 5'500 Seiten dazu. Dazu kommt eine Fülle von Vorschriften und Auflagen kantonaler und kommunaler Instanzen sowie von Privaten, wie beispielsweise im Baubereich.

Ursachen sind häufig:

- Überbewertung eines Einzelfalls
- Übertriebener Perfektionismus und übertriebene Rechtsstaatlichkeit
- Nichtausnützen von Spielräumen und Nichtübernahme von Verantwortungen

Für den SGV ist die administrative Entlastung der KMU wichtig

Die Verringerung der administrativen Belastung der KMU bildet einen Schwerpunkt im politischen Programm des SGV für die Jahre 2004 bis 2007.

Bund, Kantone, Gemeinden und Branchenorganisationen sind gefordert

Was auf eidgenössischer Ebene durch den SGV angestrebt wird, muss durch die Kantonalverbände auf kantonaler und durch ihre örtlichen Sektionen auf kommunaler Ebene unterstützt werden. Zusätzlich sind die Branchenorganisationen in die Pflicht genommen, auch in ihrer Branche den Kampf gegen eine überbordende Reglementierungsdichte zu führen.

Ein steiniger Weg liegt vor uns – erste Schritte

Der SGV will auf allen politischen und Branchen bezogenen Ebenen das Bewusstsein für die Notwendigkeit administrativer Entlastung der Wirtschaft fördern. Dazu hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Auf Bundesebene besteht das Forum KMU. Diese ausserparlamentarische Kommission, welche vom Bundesrat im Dezember 1998 geschaffen wurde, engagiert sich dafür, dass die Bundesverwaltung im Rahmen ihrer Arbeit den KMU besondere Aufmerksamkeit schenkt. Auch hier ist es die Detailarbeit, nämlich die Auseinandersetzung mit Abläufen und Verfahren, welche es zu optimieren gilt.

Wirkliche administrative Entlastung ist keine Sache des schnellen Erfolges und der medienträchtigen Schlagzeilen. Administrative Entlastung von KMU ist ein Prozess der kleinen Schritte.

Fazit und Forderungen

Die KMU müssen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Es darf nicht sein, dass sie durch administrative Auflagen Produktivitätseinbussen erleiden und dadurch an Konkurrenzfähigkeit verlieren. Dies kann sich unser Land in einer globalisierten und vornehmlich vom Wettbewerb diktierten Welt nicht mehr leisten.

Die administrative Belastung ist so klein wie möglich zu halten. Nicht alles Wünschbare, sondern nur das Nötigste an Vorschriften ist zu erlassen.

Gesetze, Vorschriften, Verordnungen, Richtlinien, Normen etc. müssen deshalb folgenden Kriterien genügen:

- Ziel und Zweck der Normen müssen klar und erkennbar sein
- Lesbarkeit und Verständlichkeit für den Anwender stehen im Vordergrund.
Perfektionismus für den Spezialisten oder aus politischen Gründen unklare Formulierungen sind verpönt
- Rechtssicherheit durch Kontinuität hat Vorrang vor laufenden Anpassungen durch Änderungen, Präzisierungen und Ergänzungen
- bereits bei der Entstehung einer Norm sind der Vollzug und die Praxistauglichkeit zu prüfen
- wichtige Fragen dürfen nicht an untergeordnete Vollzugsstellen delegiert werden, wie dies im Steuer- und Umweltschutzrecht oft der Fall ist
- vor der Inkraftsetzung müssen neue Normen erläutert werden

Forderungen

- **Als politisches Postulat: Kein weiterer Ausbau der Regelungsdichte**
- **Anstreben eines Moratoriums**
- **Im Zweifelsfall keine Regelung, sondern Mut zur Lücke**
- **Gesetze, Verordnungen, Weisungen, Normen etc. unterliegen einer KMU-Tauglichkeitsprüfung nach folgendem Raster:**
- verständliche und einfache Formulierung
- einfache, EDV-kompatible Formulare (e-government)
- einfache Abläufe und praxisnahe Umsetzung
- Unterstützung bei der Umsetzung
- Einbezug der Dachorganisationen der KMU bei der Formulierung von neuen, bzw. der Änderung bestehender Gesetze, Verordnungen und Reglemente

Auch in der EU ist man übrigens gegenwärtig daran, die über 20'000 bestehenden Rechtsakte im Rahmen eines Massnahmenpakets zur Einschränkung von Bürokratie und Regelungswut zu überprüfen und zu vereinfachen.

Konkrete Beispiele auf Stufe Bund, Kantone, Gemeinden bei den Unternehmen und bei Privaten

1. Lohnbegriffs-Wirrwarr

Was zum «Lohn» gehört, wird unterschiedlich umschrieben, je nach entsprechendem Gesetz. So deckt sich der Lohnbegriff im Gesamtarbeitsvertragsrecht nicht mit dem Begriff «massgebender Lohn» nach AHV-Recht und dieser deckt sich nicht mit dem UVG-Lohnbegriff. Der letztere wiederum ist anders umschrieben als der steuerrechtliche und dieser deckt sich nicht mit dem arbeitsrechtlichen (so in einem Gesamtarbeitsvertrag). Die einzelnen Institutionen, ob private oder öffentliche, stellen zum Teil völlig unterschiedliche Formulare zu, welche regelmässig ein intensives und somit zeitraubendes Studium verlangen.

Lösungsvorschlag

Die Bemühungen zur Einführung eines einheitlichen Lohnbegriffs sind voranzutreiben und sicherzustellen, dass die KMU alle notwendigen Angaben in einem Arbeitsgang liefern können. Die Weiterverarbeitung ist Aufgabe der entsprechenden Institutionen und Amtsstellen.

2. Fehlende Statistik-Koordination

Gegen Jahresende erhalten die KMU regelmässig Formulare zur Erhebung der Anzahl der Beschäftigten seitens des Bundes, der Kantone und allenfalls der Gemeinden.

Lösungsvorschlag

Die Angaben werden einmal jährlich zentral und elektronisch erhoben.

3. Baunormensalat

Durch Baugesetze, Verordnungen, Vorschriften und Normen ist auf allen staatlichen Ebenen eine unübersichtliche und nicht mehr verantwortbare Regelungsdichte entstanden. Die durch Einsprachen verursachten Verzögerungen und Mehrkosten in Milliardenhöhe, müssen von Investoren, Käufern und Mietern getragen werden und reduzieren die volkswirtschaftliche Wertschöpfung in beträchtlichem Ausmass.

Lösungsvorschlag

Die geplante formelle Harmonisierung des Baurechts ist schleunigst voranzutreiben.

4. Malaise Mehrwertsteuer

Im Bereich der Mehrwertsteuer und deren Umsetzung ist ein Regelwerk von Weisungen und eine durch Vollzugsbeamte geübte Praxis entstanden, die grossen Aufwand sowie Rechtsunsicherheit auf Seiten der Unternehmen bedeutet.

Lösungsvorschlag

Die vom Vorsteher des Finanzdepartements erkannten Schwierigkeiten im Bereich der Mehrwertsteuer sowie deren Behebung sind ohne Verzug mit hoher Priorität an die Hand zu nehmen und im Bereich des Vollzugs sind die überfälligen Korrekturmassnahmen einzuleiten.

Als Dachorganisation der KMU laden wir alle Unternehmen sowie Private ein, uns Ihre Feststellungen von Mängeln, Schwierigkeiten und Ärgernissen betreffend administrative Belastungen der KMU zu melden!

Adresse:

Schweizerischer Gewerbeverband
Aktion zur administrativen Entlastung der KMU
Schwarztorstrasse 26
Postfach
3001 Bern

Telefon 031 380 14 14
Fax 031 380 14 15
E-Mail info@sgv-usam.ch
www.sgv-usam.ch

Mitglieder der Arbeitsgruppe

Diese Broschüre wurde von den Mitgliedern der ständigen Arbeitsgruppe «Administrative Entlastung der KMU» des Schweizerischen Gewerbeverbandes verfasst:

Arnold Martin	Kantonaler Gewerbeverband, Zürich
Brunetti Renato	Kantonaler Gewerbeverband, Schaffhausen
Bürgi Arthur	Gewerbeverbände SG/AR, St. Gallen
Bütikofer Heinrich	Thurgauer Gewerbeverband, Weinfelden
de Courten Thomas	Wirtschaftskammer Basel-Land, Liestal
Desgraz Jacques	Chambre vaudoise des arts et métiers, Paudex
Hasler Urs	Gewerbeverband Basel-Stadt, Basel
Neuhaus Peter	Schweizerischer Gewerbeverband, Bern